

## SHORT NEWS

## IMMIGRATION

# Abgeschoben statt aufgehoben

Brigitte Lichtfuß

**Die Regierung weist eine serbische Familie nach sieben Jahren Aufenthalt in Luxemburg nach Belgrad aus - ohne weitere Hilfe zu gewährleisten. Für die Asti gilt es derartige Fälle in Zukunft zu vermeiden.**

Am Montagmorgen wurde eine vierköpfige Familie, bestehend aus den Eltern und ihren beiden 20 und 30 Jahre alten Söhnen, von der Polizei in das Abschiebezentrum Aida am Flughafen Findel gebracht. Die aus Serbien stammende Familie war 2003 nach Luxemburg geflüchtet und hatte einen Antrag auf Asyl gestellt, der 2005 von den Behörden abgelehnt worden war. Seither war die Familie rechtlich verpflichtet, das Land zu verlassen. Am Dienstag nun wurden die vier Personen zurück in die Hauptstadt ihres Heimatlandes geflogen.

Die Vereinigung Asti hatte noch am Montag die Öffentlichkeit erstmals von dieser Abschiebung in Kenntnis gesetzt. Zwar handelt es sich nicht um die erste Ausweisung von serbischen Staatsbürgern, aber um einen Fall, der aufgrund besonderer Umstände zu verhindern gewesen wäre. Denn die Familie war laut Asti nicht ausreichend über die gegenwärtige rechtliche Situation ihres Aufenthaltes in Luxemburg informiert und auch nicht über eventuelle Hilfeleistungen des Staates bei einer Rückkehr nach Serbien aufgeklärt worden.

Jean Lichtfous, Pressesprecher der Asti: „Wir gingen am Montag nach Findel und schauten uns zusammen mit der Familie an, welche Argumente man noch dem Gericht vorlegen könnte, damit sie aus der Abschiebehaft entlassen wird.“ Tatsächlich sprach Einiges gegen die sofortige Ausweisung der serbischen Familie, die hier bereits seit sieben Jahren lebt: Die Mutter und der Vater befinden sich aufgrund gesundheitlicher Probleme in ärztlicher Behandlung - noch am Montagvormittag sollte der Vater einen Termin für eine Operation der Wirbelsäule erhalten -, und der 20-jährige Sohn, der fließend Französisch spricht, hat seit zwei Jahren einen Ausbildungsvertrag, mit Aussicht auf Verlängerung nach der Rentrée.

Auch lag ein Kommunikationsdefizit zwischen den Behörden und der

Familie vor. Weder den Söhne noch den Eltern sei bekannt gewesen, dass die OIM (Organisation internationale pour les migrations) die Rückkehr hätte organisieren und die Familie finanziell unterstützen können. „Es mag sein, dass sie von der OIM gehört haben und dass sie auch ein Schreiben bekommen haben, aber die Betroffenen brauchen Zeit, um die Situation zu verstehen. Sich mit der Tatsache abzufinden, dass man zurückgehen muss, ist ein langer psychologischer Prozess“, so Lichtfous. Genauso war den Familienmitgliedern zwar bekannt, dass ihre Duldung im Großherzogtum abgelaufen war, doch wegen der gesundheitlichen Probleme der Eltern war die Ausweisung aufgeschoben worden, und die Familie glaubte, ihr Fall sei letztendlich ad acta gelegt worden.

Aus juristischer Sicht verlief alles korrekt, weshalb auch die Vorbringung dieser Argumentation am Montag vor Gericht die Ausreise nicht zu verhindern vermochte. Das Außenministerium erwähnte in einer Pressemitteilung am Dienstag, dass die Familie sehr wohl von der OIM kontaktiert worden sei, jedoch ihrerseits keine Antwort verlauten lassen. „Doch was ist diese Information? Ein Brief oder ein Telefonat? Auf Deutsch oder auf Serbokroatisch?“, fragt Jean Lichtfous, für den der Fall immer noch ungeklärt ist: „Nach welchen Kriterien wurde im Ministerium genau diese Familie ausgewählt? Gibt es keine anderen, vergleichbaren Fälle, denen das gleiche Schicksal gedroht hätte?“ Nicht nur für die Asti und die Anwälte sind die Kriterien undurchschaubar, auch für andere Asylbewerber bedeutet das die ständige Angst, unerwartet ausgewiesen zu werden.

Für die serbische Familie führt vorerst kein Weg mehr zurück nach Luxemburg, bestätigt Jean Lichtfous: „Sie sind jetzt auf sich gestellt. Über den Weg der polizeilichen Ausweisung wird ihr Name in das System Schengen eingetragen und es wird ihnen dann fünf Jahre lang kein Visa für den Schengen-Raum erteilt.“ Damit sich ein solcher Fall nicht wiederholt, will sich die Asti um eine bessere Aufklärung und Sensibilisierung der Asylbewerber bemühen.

## SHORT NEWS

## Roby-la-Fronde

En ces temps de vaches maigres - non seulement électorales, mais aussi pour les agriculteurs eux-mêmes - l'ex-député ADR Robert Mehlen, réendosse son costume de défenseur des agriculteurs. Lors d'une conférence de presse dans les bureaux de sa sensibilité politique, Mehlen insista longuement sur l'histoire des infrastructures agricoles de l'après-guerre. Surtout sur le fait que pendant longtemps, les paysans étaient forcés par la loi de financer la Bauerenzentral et puis la Ceba - des organisations privées - et qu'en fin de compte, les silos du centre agricole de Mersch, propriété de la Ceba, désormais désuets, leur appartiendraient. Or, le nouveau centre agricole de Pettingen fait partie des priorités du gouvernement actuel, les terrains nécessaires étant déjà acquis. Ce qui n'a pas empêché Mehlen de questionner le bien-fondé de cette nouvelle infrastructure. Pour l'ADR, une modernisation des silos en place suffirait amplement et permettrait au gouvernement de faire des économies, puisque le fonds agricole - qui paie la nouvelle construction - est aussi celui dont sont tirées les subventions aux paysans. Ces derniers se retrouvent encore une fois dans de mauvais draps, vu le temps qu'il a fait cet été. Pourtant, avoir comme défenseur le leader d'un parti populiste en pleine déchéance, ce n'est peut-être pas trop rassurant.

## Genosse Goebbels bekommt Beifall von Lulling

Wenn es auf Parteitag nicht klappt mit der Streitkultur, müssen andere Wege her. Die Sozialistische Noch-Arbeiter-Partei versucht es nun mit einem öffentlichen Briefaustausch zum Thema Gentechnik. Nebenbei mischt auch die CSV mit. Den Anfang machte Ex-Minister Robert Goebbels: In Luxemburg grassierte die „Genetik der Dummheit“, stellte der EU-Abgeordnete in seinem „offenen Brief an die Politik-Klasse“ fest, in dem er im Namen des (genetischen) Fortschritts die „Selbstgefälligkeit“ der Luxemburger attackierte (siehe auch woxx vom 30.7.2010). Befürworter der „genetischen Verbesserungen“ würden hierzulande als „gekaufte Industrieknechte“ beschimpft, so Goebbels. Weit weniger wortgewaltig, fiel am Montag die Antwort der Genossen aus. Ohne ihn namentlich zu erwähnen oder aus seinen Schriften zu zitieren, bekommt Genosse Goebbels dennoch sein Fett ab. Die LSAP-Fraktion halte an ihrer GMO-kritischen Haltung fest, heißt es. Dies sei nicht „ideologisch“ sondern „verantwortungsbewusst“. „Vorsicht“ sei besser als „Profitmaximierung“ und: „Pöbeleien bringen niemanden weiter“. Wenn „Einzelne“ eine solch kritische Haltung als „Selbstgefälligkeit“ abtun, könne man damit leben, wird Fraktionschef Lucien Lux in der Mitteilung zitiert. Ganz alleine steht Goebbels allerdings nicht da. Kurz nach der parteiinternen Schelte attestierte ihm seine Straßburger Kollegin Astrid Lulling ebenfalls in einem offenen Brief ihre volle Unterstützung im Kampf für eine offene Debatte um GMO. Als „adepte du parler vrai“ laufe er zwar Gefahr „à froisser certains de vos camarades engoncés dans leurs certitudes“, so die CSV-Abgeordnete mit LSAP-Wurzeln. Es gäbe jedoch ein politisches Leben nach einem Ausschluss aus der LSAP. „Elle peut même être plus longue, plus amusante et plus passionnante que la précédente“. Also nur Mut, Genosse Goebbels!

## Ni solidaire, ni européen

La politique du visionnaire européen préféré des émissions de télévision allemandes, le premier ministre Jean-Claude Juncker (CSV), continue à isoler le petit Luxembourg. Un article du Républicain Lorrain de jeudi dernier consacre une page à sa politique d'allocations familiales, qui en exclut désormais les travailleurs frontaliers. Le quotidien lorrain prend pour exemple une salariée frontalière travaillant au Luxembourg depuis plus de vingt ans et qui élève un fils qui s'engage dans des études en médecine dentaire. Citation : « En gros, ça me fera 3.600 euros en moins par an. Avec cette somme, j'aurais pu payer le loyer étudiant de mon fils ». Et de rappeler, qu'après tout, elle dépense en partie son argent au Luxembourg. Cette semaine, la centrale syndicale allemande, le DGB, a sonné à son tour l'alarme. Réussir à nous brouiller avec nos voisins aussi massivement, c'est un exploit que peu de chefs de gouvernement ont réussi. C'est peut-être la nouvelle « vision » européenne de Juncker.